

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XXI/51

Bonn, den 15. März 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 2 Handeln statt reden ! 94

-----  
Die Notlage der Krankenkassen

Von Arthur Killat, KdE

3 Dominierenä in den Großstädten 46

-----  
Nochmals: Zum bayerischen Kommunalwahlergebnis

4 Toxisch bedingt 39

-----  
Von Bodo Kirsch

5 - 6 Aufbruch in Frankreich (I) 78

-----  
Tendenz zur politischen Konzentration

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Handeln statt reden !

Die Notlage der Krankenkassen

Von Arthur Killat, MdB

Die Krankenhäuser in der Bundesrepublik leiden Not.

Die Ursache liegt nicht zuletzt darin, daß die Bundesregierung seit 1949 außer Reden und Versprechungen nichts getan hat, um eine ausreichende und dem neuesten medizinischen Stand angepaßte, gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung mit modernen Krankenhäusern sowie die finanzielle Möglichkeit zur Errichtung und Unterhaltung dieser Häuser sicherzustellen. 1956 hat der damalige Bundeskanzler Dr. Adenauer den Krankenhäusern wirksame Hilfe des Bundes versprochen. Diese Versprechungen sind auf allen folgenden Krankentagen von der Frau Gesundheitsministerin Dr. Schwarzhaupt wie auch dem jetzigen Bundeskanzler Erhard ständig wiederholt worden. In seiner letzten Regierungserklärung hat Dr. Erhard festgestellt, "die Modernisierung der Krankenhäuser dürfe eine Aufgabe im Rahmen des deutschen Gemeinschaftswerkes sein". Diese pratorische Versprechung ist genauso inhaltslos, wie die vielzitierte "Formierte Gesellschaft" oder das sogenannte "Gemeinschaftswerk".

Die Krankenhäuser und ihre Träger - Gemeinden wie auch karitative Verbände - können auf die Dauer ihre übernommene Verpflichtung zum Unterhalt der Krankenhäuser nur erfüllen, wenn eindeutig und gesetzlich festgelegt wird, in welchem Umfange auch Bund und Länder an der Finanzierung des Krankenhauswesens beteiligt werden. Nur durch eine Umverteilung des Steueraufkommens können die Gemeinden die finanziellen Mittel erlangen, die sie befähigen, Krankenhäuser zu unterhalten. Regierung und Mehrheitsparteien haben zu vertreten, daß bisher eine solche Finanzreform unterblieben ist.

Der Versuch der Bundesregierung, aus ihrer verfehlten Krankenhauspolitik auszubrechen und die Flucht nach vorn anzutreten, indem sie auf dem Verordnungswege die gesamte Finanzierung und Unterhaltung der Krankenhäuser den Versicherten und den Kranken auferlegen wollten, ist gescheitert. Die dafür entstehenden Mehrkosten von weit über zwei Milliarden DM sollten auf dem behördlichen Verordnungswege durch eine grundsätzliche Veränderung der Struktur der Pflegesatzverordnung den Kranken und den Sozialversicherungsträgern auferlegt werden. Das hätte bedeutet, daß bei einer Beitragsgrenze von DM 900,- Monatseinkommen überwiegend der einkommensschwächste Bevölkerungsteil das Krankenhauswesen finanziert hätte und Bund, Länder und Gemeinden um diese Milliardenbeträge entlastet worden wären.

Mit der Annahme des SPD-Antrages durch den Bundestag hat die Bundesregierung eingehend und umfassend schriftlich darzulegen, welche gesundheitspolitischen, sozialpolitischen und finanziellen Auswirkungen die von der Regierung beabsichtigte Änderung der Pflegesatzverordnung haben würde. Zusammen mit der Annahme des Antrages der Koalitionsparteien, dem Bundestag eine Übersicht über die finanzielle Lage der Krankenhäuser zu geben und Vorschläge zu unterbreiten, welche Voraussetzungen geschaffen werden können, um den Krankenhäusern die Erfüllung der ihnen obliegenden Aufgaben zu ermöglichen, ist eine brauchbare Grundlage für eine konstruktive Lö-

sung der Probleme des deutschen Krankenhauswesens gelegt worden.

Auf das Entschiedenste muß der Versuch der Gesundheitsministerin, Frau Schwarzhaupt, zurückgewiesen werden, nunmehr die SPD dafür verantwortlich zu machen, daß die finanzielle Not der Krankenhäuser nicht beseitigt werden kann, weil, wie Frau Schwarzhaupt in der Debatte erklärte, mit Annahme des SPD-Antrages die Bundesregierung im Augenblick an der Verabschiedung einer neuen Pflegesatzverordnung gehindert sei. Dazu ist folgendes festzustellen:

- \* Die bestehende Pflegesatzverordnung von 1954 wird jährlich mit
- \* etwa 13 Prozent Erhöhung der laufenden Teuerung der Pflegekosten
- \* angepaßt. Seit 1954 sind die Pflegesätze 320 Prozent angehoben worden und 1966 wird mit einer weiteren Anhebung auf etwa
- \* 350 Prozent des Standes von 1954 gerechnet. Diese Anhebung der
- \* Pflegesätze ist mehr als doppelt so hoch wie die im gleichen
- \* Zeitraum gestiegenen Einkommen bzw. das Sozialprodukt. Im Oktober 1964 hat Frau Dr. Schwarzhaupt zur Frage der Finanzierung der Krankenhäuser in einem Vortrag vor Vertretern des
- \* Hofacker-Verbandes in Frankfurt/Main erklärt, daß hierbei auch
- \* die Verteilung der Finanzlast zwischen Bund und Ländern (vertikaler Finanzausgleich) eine wichtige Rolle spiele.

- \* Am 20. 8. 1965 hat Frau Dr. Schwarzhaupt im Zweiten Programm
- \* des Hörfunks versichert: "Ich glaube, daß sich der Staat bei
- \* der Grundfinanzierung der Krankenhäuser mit beteiligen muß.
- \* Ich bin auch der Meinung, daß es gut wäre, wenn wir ein
- \* Krankenhausfinanzierungsgesetz hätten, das für das gesamte
- \* Bundesgebiet in gleicher Weise festlegt, welche Grundkosten, welche
- \* Errichtungskosten z.B. und deren Abtragung, von der
- \* öffentlichen Hand übernommen werden und welche Kosten aus
- \* den Pflegesätzen zu bestreiten sind."

Es ist eine Irreführung der Öffentlichkeit, wenn die verantwortliche Ministerin für das Gesundheitswesen die SPD für ihr und der gesamten Bundesregierung Versagen in den letzten vier Legislaturperioden des Bundestages verantwortlich machen will. Niemand hat, am allerwenigsten die SPD aufgrund der gegebenen Mehrheitsverhältnisse, die Verantwortlichen hindern können, die notwendigen Gesetze im Bundestag zur Beratung und zur Verabschiedung vorzulegen, die zur Gesundung und Modernisierung wie aber auch zur Deckung des Nachholbedarfs im Krankenhauswesen notwendig wären.

Die Bundestagsfraktion der SPD wird alles tun, was dazu beiträgt, der Bevölkerung ausreichenden gesundheitlichen Schutz bei Krankheit zu gewähren, wobei die Modernisierung und finanzielle Sicherung unserer Krankenhäuser an erster Stelle zu stehen hat. Es liegt in der Hand der Bundesregierung, durch eine beschleunigte Vorlage des vom Bundestag auf Antrag der SPD geforderten Berichtes die notwendigen Grundlagen zu schaffen, damit eine schnelle Regelung der Krankenhausfinanzierung mit Beteiligung durch die öffentliche Hand sichergestellt wird. Handeln statt reden, das ist das Gebot der Stunde.

### Dominierend in den Großstädten

#### Nochmals: Zum bayerischen Kommunalwahlergebnis

E.W. - Das endgültige Ergebnis der Kommunalwahlen in Bayern wird erst in einigen Tagen vorliegen. Zunächst ist nur der Ausgang der Bürgermeisterwahlen und die Zählung der unverändert abgegebenen Listen bekannt. Der Erfolg der SPD ist aber bereits jetzt deutlich zu erkennen. Er ist besonders eindeutig in den bayerischen Großstädten und den kreisfreien Städten. SPD und CSU hatten vor der Wahl einige Schwerpunkte genannt. In Ingolstadt und Memmingen standen die bisherigen von der CSU gestellten Oberbürgermeister nicht mehr zur Wahl. In beiden Städten siegten die Kandidaten der SPD mit überzeugenden Mehrheiten. Außerdem gewann die SPD in den Stadträten von Ingolstadt und Memmingen die absolute Mehrheit. Der dritte Schwerpunkt der bayerischen Kommunalwahlen war Regensburg. Dort versuchte die CSU, der SPD den Oberbürgermeister und die Stadtratsmehrheit zu entreißen. Gegen den SPD-Oberbürgermeister Rudolf Schlichtinger hatten sich CSU, FDP und Bayernpartei sowie zwei Wählergruppen zusammengeschlossen. Nach einem äußerst hart geführten Wahlkampf gab sich die CSU in ihrer Presskonferenz zwei Tage vor den Wahlen sehr zuversichtlich. Man war überzeugt, der SPD den vor acht Jahren gewonnenen Oberbürgermeistersitz wieder zu nehmen. Das ist jedoch gründlich mißlungen. Schlichtinger wurde mit einer Mehrheit von 65,5 Prozent wiedergewählt und nach der bisher vorliegenden Auszählung der unverändert abgegebenen Stimmzettel dürfte es sicher sein, daß die SPD auch ihre Stadtratsmehrheit in Regensburg behalten hat.

Insgesamt wurden in neun kreisfreien Städten in Bayern am letzten Sonntag die Oberbürgermeister gewählt. In vier dieser Städte wurden die bisherigen SPD-Oberbürgermeister bestätigt, zwei wurden neu dazugewonnen und in den drei übrigen siegten die von Wählergemeinschaften aufgestellten bisherigen Oberbürgermeister. Die CSU ist lediglich an einer dieser Wählergemeinschaften beteiligt, sie brachte in keiner der kreisfreien Städte einen eigenen Kandidaten durch.

Nach den aus 188 von 191 kreisfreien Städten und Landkreisen vorliegenden Ergebnissen der unverändert abgegebenen Stimmzettel führt die SPD vor der CSU. Das Ergebnis kann sich nach der Auszählung der übrigen Stimmzettel noch etwas verändern. Fest steht jedoch, daß der von der CSU erwartete Erdrutsch zu ihren Gunsten nicht nur ausgeblieben ist, sondern daß die SPD einen stolzen Erfolg erringen konnte. Die SPD hat vor den Wahlen erklärt, daß sie die Kommunalwahlen nicht als Testwahl für die im November stattfindenden Landtagswahlen betrachtet. Bei dieser Auffassung blieb sie auch, denn Kommunalwahlen sind in Bayern weitgehend Persönlichkeitswahlen. Es ist jedoch nicht zu übersehen, daß das Ergebnis den allgemeinen Fortschritt der SPD in Bayern deutlich bestätigt. Sie dominiert nun unangefochten in den Großstädten und hat in den Landkreisen beträchtlichen Boden gewonnen.

+ + +

Toxisch bedingt

Von Bodo Kirsch

Was die "Frankfurter Rundschau" letzten Freitag in ihrer Leitartikelspalte von sich gab, hätte der Moskauer Prawda wohl angestanden. Karl Gerold, Chefredakteur und Herausgeber der "Frankfurter Rundschau", fühlte sich nach längerer, toxisch bedingter Pause gedrängt, die "freiheitliche Demokratie" gegen ihre autoritären Widersacher zu verteidigen. Beklagte Gerold den Rückfall des SED-Regimes in den stalinistischen Kultursumpf oder kritisierte er - wie selbst kommunistische Journalisten vor ihm - die Moskauer Terrorurteile gegen Daniel und Sinjawski? Weit gefehlt! Nicht in der stalinistisch versuchten Sowjetunion oder in deren mitteldeutscher Militärprovinz entdeckte Karl Gerold den autoritären Bazillus. Er fand ihn in dem - und das sind seine eigenen Worte - "was man hierzulande Demokratie nennt".

In Herbert Wehner, dem SPD-Vize und verdienstvollen Vorsitzenden des Gesamtdeutschen Ausschusses im Bundestag, glaubt Gerold den "gelernten Stalinisten" und machertrunkenen Totengräber der Sozialdemokratie - so Gerold - entlarvt zu haben. Doch nicht Sorge um die Demokratie spricht aus den Anti-Wehner-Tiraden des "Rundschau"-Chefs, der sich gern einen Linksliberalen titulieren läßt. Der geifernde Ton seines Artikels verrät das Motiv: Es ist der Haß des Abtrünnigen (Karl Gerold entging 1952 durch Austritt einem Parteiausschluß), der die Sozialdemokratie mit einer kommunistischen Ersatzkirche verwechselt. Wer wie Gerold die SPD als einen "politischen Kogelverein" beschimpft und als "ursprünglich demokratische Partei" apostrophiert, stellt sich selbst außerhalb der vom Grundgesetz garantierten Verfassungswirklichkeit, zu der auch die demokratischen Parteien gehören. Da hilft auch nicht die plumpe Anbiederung an den SPD-Vorsitzenden Brandt, den Gerold "sympathisch" findet.

Karl Gerold und seine "Frankfurter Rundschau" genießen so etwas wie Karrenfreiheit als Linkssußen im deutschen Blätterwald. Gerold selbst, wie wohl aus kleinen Verhältnissen stammend, ist länger Multimillionär. Dennoch liebt er die heidsärmelige Pose des Klassenkämpfers und den Wortschatz des marxistischen Agitators. Sein gebrochenes Verhältnis zur Demokratie und deren frei gewählten Repräsentanten wird auch diesmal wieder in Moskau und Pankow gebührend bejubelt werden. Doch nur äußerlich. In Wirklichkeit verachten gerade die gelernten Stalinisten (zu denen Wehner nicht gehört, denn wie hätte er sonst die soziale Kraft gefunden, sich vom Stalinismus zu lösen?) einen anarchistischen Wirrkopf wie Karl Gerold als "nützlichen Idioten" und "trejanischen Esel".

## Aufbruch in Frankreich (I)

### Tendenz zur politischen Konzentration

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Frankreich befindet sich mitten in aktiven Wahlvorbereitungen, obgleich die Parlamentswahlen voraussichtlich erst im Frühling kommenden Jahres stattfinden; sie können allerdings jederzeit vorverlegt werden, wenn die Regierung den Augenblick für günstig hält.

Das neue Wahlsystem zwingt alle Parteien zur Zusammenfassung. Die Zeit der zahllosen kleinen Parteien ist vorbei. Vier große Strömungen sind festzustellen: Gaullisten, Sozialdemokraten, Konservative und Kommunisten. Letzten Endes werden wahrscheinlich nur zwei Kräfte einander gegenüberstehen: Gaullisten und Demokraten.

### "Erfolg" oder "Schlappe" ?

Der Ausgang der Präsidentenwahl im Dezember 1965 (de Gaulle 55 Prozent, Mitterrand 45 Prozent) ist für alle Parteien ein Warnsignal und ein Fingerzeig. General de Gaulle hat auf seiner letzten Pressekonferenz diesen Wahlausgang als relativen Erfolg hinzustellen versucht. Zum Vergleich zog er nämlich nicht frühere Volksentscheide heran; in welchen er 80 Prozent der Stimmen erhielt, sondern frühere Parlamentswahlen, in welchen die Gaullisten höchstens 30 bis 40 Prozent bekamen. Wenn man die Dinge so betrachtet, kann man tatsächlich einen "Erfolg" herauslesen, im Gegensatz zu de Gaulles Gegnern, die das Resultat der Dezemberwahl als eine ausgesprochene "Schlappe" des Regimes bezeichnen.

In Wirklichkeit lag diese erstmalige Volkswahl des Staatspräsidenten in ihrem Wesen ungefähr zwischen einer Parlamentswahl und einer Volksentscheid. Die einzelnen Parteien hatten wohl die Möglichkeit, Kandidaten aufzustellen, mußten sich aber schließlich auf eine bestimmte Persönlichkeit einigen. In den bisherigen Parlamentswahlen ist de Gaulle als Person nicht hervorgetreten, er war niemals Kandidat für einen Abgeordnetensitz in der Nationalversammlung. Er begnügte sich mit einem indirekten "Segen" für die gaullistische UNR. Die Folge davon war, daß Millionen Franzosen, die sich gegebenenfalls für die Person General de Gaulles aussprechen, in Parlamentswahlen lieber eine der "alten" politischen Parteien wählen.

### Keine absolute Mehrheit

So ist es der gaullistischen UNR bisher nicht gelungen, im Parlament die absolute Mehrheit zu erringen. Nur mit Unterstützung der "Unabhängigen Republikaner" (Konservative) um Giscard d'Estaing sind sie imstande, eine Regierungsmehrheit zu bilden.

Die große Frage ist nun, ob die Gaullisten in der nächsten Parlamentswahl aus eigenen Kräften eine absolute Mehrheit erreichen.

(z.B. 55 Prozent) oder die bisherige relative Mehrheit nur mit knapper Mühe zu halten vermögen. Mit anderen Worten, eine rechtzeitig und gut organisierte demokratische Opposition wäre aufgrund der Dezemberwahlergebnisse 1965 und der seither weitergehenden Entwicklung imstande, den Gaullismus im Zuge der kommenden Parlamentswahlen zu schlagen und noch unter General de Gaulle eine neue Regierung zu erzwingen. Das sind gegenwärtig die durchaus ernst zu nehmenden Hoffnungen der französischen Oppositionsparteien. Die Gaullisten sind sich dieser Gefahr durchaus bewußt. Seit Beginn dieses Jahres bemühen sie sich, das verlorene Terrain zurückzugewinnen. Aus diesem Grund hat de Gaulle seine Regierung umgebildet und insbesondere den konservativen Finanzminister Giscard durch den dynamischen Altgaullisten Debré ersetzt.

### Wachsende Streikwelle

Die Sozialpolitik des neuen Wirtschafts- und Finanzministers ist aber bereits über die ersten Hindernisse gestolpert. Streiks, Straßendemonstrationen und Betriebsbesetzungen erschüttern seit einigen Wochen in zunehmendem Maße das ganze Land. Debré reist gleich einem Wanderprediger von Stadt zu Stadt und versucht, bald da, bald dort, das Feuer zu löschen. Das Regime befindet sich somit in einer sozialpolitischen Defensive, die Gewerkschaften sind im Angriff.

Alle Gewerkschaften ohne politischen Unterschied! Von größter Tragweite ist das erstmalige nationale Aktionsabkommen zwischen dem christlich-demokratischen Gewerkschaftsbund CFEF und der kommunistisch gelenkten CGT. Hinzu kommt die ausdrückliche Stellungnahme der französischen Bischöfe für die Arbeitnehmerinteressen und gegen die gaullistische Wirtschafts- und Sozialstrategie.

### Politische Spekulationen

Parallel zu ihren - bisher mißglückten - sozialpolitischen Versuchen werben die Gaullisten um politische Sympathien außerhalb der UNR. Am linken Flügel versucht man, die NRT (Linksgaullisten) bei der Stange zu halten, am rechten Flügel bemüht man sich um die weitere Unterstützung der konservativen "Giscardisten". Die Schaffung eines neuen "Komitees für die 5. Republik" auf "überparteilicher" Grundlage ist geplant.

Die Gaullisten bemühen sich also um Stimmen sowohl der Konservativen als auch der Linken. Der NATO-Abzug und de Gaulles großaufgezogene Reise in die Sowjetunion dürften konservative Wähler zu einer Stimmabgabe gegen den General veranlassen, während sich linksgerichtete Kreise für de Gaulle entscheiden könnten. Mit solchen politischen Spekulationen hofft die gaullistische Union in den nächsten Parlamentswahlen eine knappe absolute Mehrheit zu erhalten oder zumindest eine allzu empfindliche Schlappe zu vermeiden.

(Fortsetzung folgt)